

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 33

Vorwort: Wir brauchen Macht : Forschung gehört dazu
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 33

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

WIR BRAUCHEN MACHT: FORSCHUNG GEHÖRT DAZU

Freiheit ohne Macht ist machtlose Freiheit. Die Machtfaktoren aber, die letztlich in der heutigen Welt entscheidend sein werden, sind — über militärische Stärke und vorhandene wirtschaftliche Schlagkraft hinaus — der Stand der wissenschaftlichen Forschung, die Qualität der Information, dank welcher sich ein freies Volk ein Bild über die Weltlage machen kann, und die Bereitwilligkeit, Schwächeren zu helfen, nämlich die Bereitschaft zur Entwicklungshilfe (KB, 17. und 31. August). Deutlich sichtbar ist jedermann heute die Schnellebigkeit der technischen Neuerungen. Einrichtungen werden entwertet, bevor sie sich abnutzen, nur weil sie technisch überholt sind. Die dauernde technische Neuerung ist eine feste Erscheinung geworden.

So ist die Fähigkeit, diesen ständigen Erneuerungsprozess mitzuhalten, auf lange Sicht wichtiger als die tatsächliche Ausrüstung mit modernen Produktionsmitteln. Auf lange Sicht hat nicht das Land die besten Aussichten, das sich soeben nach dem letzten Schrei eingerichtet hat, sondern jenes Land, das fähig ist, die Entwicklung neuer Produktionseinrichtungen am besten voranzutreiben.

Das bedingt wissenschaftliche Forschung. Forschung aber heisst ständiges Weiterentwickeln von Ideen. Die Erfindung — Niederschlag einer Etappe der Ideen zu einem bestimmten Zeitpunkt — verliert an Bedeutung, je schneller sie voraussichtlich überholt sein wird. Dagegen gewinnt der Erfinder an Bedeutung, weil er der Schlüssel zur Weiterentwicklung ist.

Um zu arbeiten, muss er Mittel und Einrichtungen zur Verfügung haben. Ausserdem soll der Erfinder (und ein solcher ist letztlich jeder Forscher, der erfolgreich arbeitet) nicht schlechter gestellt sein als sein Nebenmann im Handel und in der Industrie.

Hier ist gerade in unserem Lande eine grosse Lücke. Nicht umsonst wandern beispielsweise fast alle unsere jungen Kernphysiker in die USA aus.

Das amerikanische Beispiel dürfte uns auf dem Gebiet der Forschung wegleitend sein. Dort sind zahlreiche Stiftungen und Institutionen, die sich der «non-profit»-Förderung von Forschung und Schulung verschrieben haben, steuerfrei. In der Schweiz dürften dies höchstens für ein halbes Dutzend Organisationen zutreffen, so für das Rote Kreuz.

Wer aber in Amerika einen Beitrag an eine steuerfreie Organisation leistet, kann diesen Beitrag voll von seinem steuerpflichtigen Einkommen abziehen. Das ist eine

weise Massnahme des Staates zur Förderung der Einsatzbereitschaft des Einzelnen. Andererseits kann der Staat auch durch Erhöhung der Steuern oder Abzweigung von Geldern, die sonst anderweitig verwendet worden wären, die Forschung direkt finanzieren. Solche Massnahmen ergreifen schon im Osten die kommunistischen Diktaturen. Sie fördern nicht den

individuell staatsbürgerlichen Einsatz, sondern setzen einfach den Willen des Staates durch.

Etwas müssen auch wir tun. Unsere Tradition weist unzweideutig den Weg, den wir und unser Staat hier zu gehen haben.

Peter Sager.

Moskaus neuester Plan:

Nächster Komintern-Tagungsort: New York

Die nächste Sitzung der Exekutive der kommunistischen Internationale findet am 20. September in New York statt.

Zumindest wird das der Fall sein, wenn die Delegationen zur Abrüstungsdebatte der Uno in der jetzt amtlich bekannten Zusammensetzung tatsächlich erscheinen.

Zwar ist die Komintern offiziell tot, und auch die Kominform, ihre Nachfolgerin, wurde aufgelöst. Die kommunistische Internationale aber besteht, wie auch ihr Name, und die Leiter der Delegationen aus den Ostblockstaaten sind nicht Regierungsvertreter, sondern Parteivertreter und als solche das leitende Gremium dieser Körperschaft.

Die am letzten Wochenende bekannt gewordenen Delegationsführer der Oststaaten heissen:

Sowjetunion: Chruschtschew, Parteisekretär und Ministerpräsident; Polen: Gomulka, Parteisekretär ohne Regierungsfunktion; Tschechoslowakei: Novotny, Parteisekretär und Staatspräsident; Ungarn: Kadar, Parteisekretär ohne Regierungsfunktion; Rumänien: Gheorghiu-Dej, Parteisekretär ohne Regierungsfunktion; Bulgarien: Schivkoff, Parteisekretär ohne Regierungsfunktion; Albanien: Schehu, Ministerpräsident — einzige Ausnahme (der albanische Parteisekretär ist Enver Hodscha).

Somit wollen — mit der unbedeutenden Ausnahme Albaniens — nicht Regierungsvertreter, sondern die Parteichefs die Abrüstungsdebatte führen.

Dies ist eine bewusste Herausforderung der westlichen Auffassung von Staat und Staatsgewalt; sie zeigt, wie sicher die kommunistischen Staaten ihrer Sache sind. Den vom Volk gewählten westlichen Regierungen stellen sie als Verhandlungspartner Delegierte der Einheitspartei ge-

genüber, die über den Kopf ihrer Regierung hinweg verhandeln.

Dann beweist diese Wahl das Absinken des amerikanischen internationalen Prestiges in den Augen der Kommunisten. Nach zwei Amtsperioden Präsident Eisenhower, der Frieden um jeden Preis mit der doktrinalen Starrheit seines Staatssekretärs John Foster Dulles zu kombinieren versuchte, ist es so weit, dass unter Vorwand einer internationalen Debatte die Spitzen des Weltkommunismus (mit Ausnahme Pekings) sich in New York Stelldichein geben.

Es ist — bei allen Vorbehalten, die bei solchen Parallelen angebracht sind — kaum denkbar, dass unter einem Präsidenten Truman ein Kadar vier Jahre nach der ungarischen Revolution überhaupt die Absicht hätte offiziell äussern können, anders denn als Angeklagter vor der Uno in New York zu erscheinen.

Für die Uno ergibt sich nochmals die Lehre, dass Beschlüsse ohne Macht zur Vollstreckung nicht bloss leere Worte bleiben, sondern Totengräber einer Institution sind.

Am 4. November 1956 verlangte die Uno-Generalversammlung mit 50 gegen 8 Stimmen, bei 15 Enthaltungen, die UdSSR solle ihre militärische Intervention in Ungarn beenden. Moskau kümmerte sich nicht darum, und Chruschtschew sprach bei seinem Amerika-Besuch 1959 in der Uno vor vollem Hause.

Am 8. Januar 1957 setzte die Uno eine Untersuchungskommission ein, weil die illegal von den Sowjets eingesetzte Regierung Kadar Uno-Generalsekretär Hammarskjöld nicht ins Land lassen wollte. Budapest anerkannte diese Kommission nie. Heute will Kadar ebenfalls nach New York kommen und als Delegationschef sein Land vertreten.

Es stellt sich die Frage, nach welchem Recht und nach welcher Prozedur die Uno arbeitet. Es stellt sich aber auch, beängstigend, die Frage, welcher westliche Staat innerhalb der Uno noch irgendeiner Prozedur und irgendeinem Recht Nachachtung verschaffen kann.

Wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen.

Lenin,

«Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht»